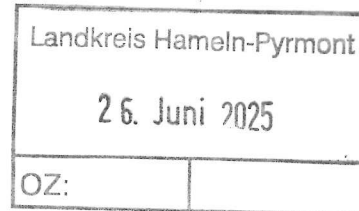


NBank Günther-Wagner-Allee 12 – 16 30177 Hannover

Landkreis Hameln-Pyrmont
Süntelstr. 9
31785 Hameln



Hannover, 24. Juni 2025
Infrastruktur

Antrags-Nr. ZW 1- 80165057
(bitte stets angeben)

Julia Menz
Telefon: 0511 30031-9649
Telefax: 0511 30031-119649
julia.menz@nbank.de

Vorläufiger Bewilligungsbescheid

Mittel des Landes Niedersachsen

Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Ausbaus von Gigabitnetzen
in Grauen Flecken in Niedersachsen 2.0

Sehr geehrter Herr Kuk,

auf Ihren Antrag vom 20.03.2025 (in der Fassung vom 01.04.2025) bewilligen wir Ihnen zur
Durchführung des Projektes

„Breitbandausbau von ca. 440 Adressen der Ortschaft Amelgatzen in der Gemeinde Emmerthal“

eine Zuwendung als nicht rückzahlbaren Zuschuss in vorläufiger Höhe von bis zu

1.305.000,00 Euro

als Kofinanzierung des durch den Bund geförderten Projektes mit dem dortigen Aktenzeichen
832.6/10-24 07NI200046 aus der „Gigabit-Richtlinie 2.0“ vom 30.04.2024.

Die Bewilligung der Höhe der Zuwendung, der endgültigen Zahl der Adressen und die Beurteilung
der Zuwendungsfähigkeit der Ausgaben durch den vom Bund beauftragten Projektträger ergehen
unter dem Vorbehalt der endgültigen Festsetzung. Die endgültige Festsetzung der Höhe der
Zuwendung bleibt einem späteren Bescheid (Schlussbescheid) vorbehalten, der die vorläufige
Festsetzung ersetzt und insoweit möglicherweise anders lautet. Die Zuwendung verringert sich
insbesondere dann, wenn sich die für die Zweckbestimmung veranschlagten Gesamtausgaben
(zuwendungsfähige Ausgaben) ermäßigen, sich die Deckungsmittel erhöhen oder neue Deckungs-
mittel hinzutreten. Im Falle einer Reduzierung der Zuwendung sind zu viel ausgezahlte Fördermittel
(nebst Zinsen) zurückzuzahlen.

Die Gesamtzuwendung beträgt 25 % der zuwendungsfähigen Gesamtausgaben in Höhe von
5.220.000,00 Euro.



Mit diesem Projekt sollen ca. 440 Adressen mit FTTB/H Technologie ausgebaut und zuverlässig mit Bandbreiten von mindestens 1 Gigabit/s symmetrisch versorgt werden.

Wir gewähren Ihnen die Zuwendung als Projektförderung in Form einer Anteilfinanzierung.

1 Zweckbestimmung, Bewilligungs- und Zweckbindungszeitraum

1.1 Zweckbestimmung

Zuwendungszweck ist die Errichtung und der Betrieb einer nachhaltigen und hochleistungsfähigen Telekommunikationsinfrastruktur (Gigabitnetz) zur Nutzung durch privatwirtschaftliche Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze im Sinne der Ziffer 2.1 der Richtlinie „Gigabitausbau in grauen Flecken in Niedersachsen“ i.V.m. Nr. 3.2 der „Gigabitrichtlinie 2.0“ vom Bund.

Hierzu wird im Projektgebiet, welches nach der Auswertung des Markterkundungsverfahrens (27.05.2024 bis 23.07.2024) als unterversorgt gilt, ein Breitbandhochgeschwindigkeitsnetz auf Glasfaserbasis gebaut. Durch den Ausbau sind ca. 440 Adressen in den im Antrag vom 20.03.2025 in der aktuellen Fassung vom 01.04.2025 benannten Gebiet zuverlässig mit gigabitfähigen Anschlüssen zu versorgen.

Die Festlegung über die zu schaffenden Kilometer an Glasfasern, Tiefbau sowie Leerrohren werden im konkretisierenden Bescheid getroffen.

1.2 Bewilligungszeitraum

Der Bewilligungszeitraum beginnt am **14.11.2024** und endet am **30.06.2030**.

Das bedeutet, dass die angeschafften oder hergestellten Wirtschaftsgüter, Gebäudeteile, Ausbauten und Erweiterungen sowie sonstige Lieferungen und Leistungen erst nach Beginn des Bewilligungszeitraumes bestellt bzw. beauftragt werden dürfen und bis zum Ende des Bewilligungszeitraumes tatsächlich geliefert bzw. fertig gestellt sein müssen.

Ausgaben für Leistungen, welche vor Beginn des Bewilligungszeitraums beauftragt oder erbracht werden, sind grundsätzlich nicht zuwendungsfähig und führen in der Regel zur Rücknahme des Zuwendungsbescheides.

Die Zuwendung erfolgt unter der Voraussetzung, dass die Maßnahme innerhalb des mit diesem Bescheid festgesetzten Bewilligungszeitraumes abgeschlossen wird.

In begründeten Ausnahmefällen kann der Bewilligungszeitraum nach Maßgabe der förder- und haushaltsrechtlichen Bestimmungen verlängert werden. Hierzu ist vor Ablauf des Bewilligungszeitraumes ein schriftlicher Antrag, mindestens in Textform, zu stellen.



1.3 Zweckbindungszeitraum

Die mit Hilfe der Zuwendung erworbenen oder hergestellten Gegenstände sind nach Vorlage des Verwendungsnachweises über die im Bundesbescheid festgesetzte Laufzeit zweckgebunden (sog. Zweckbindungszeitraum). Dies bedeutet, dass die geschaffenen Breitbandinfrastrukturen mit den geforderten Bandbreiten über diesen Zeitraum zu betreiben sind.



Die geförderten Infrastrukturen dürfen innerhalb dieses Zeitraums nicht für einen anderen als den im Zuwendungsbescheid festgelegten Zweck verwendet werden.

Ist beabsichtigt, die gefördert errichteten Infrastrukturen und/ oder ihre betriebsnotwendigen Bestandteile innerhalb dieses Zeitraums zu veräußern, ist dies nur im Einzelfall nach vorheriger Zustimmung durch die Bewilligungsbehörde zulässig. In jedem Fall ist der Bewilligungsbehörde gegenüber glaubhaft zu machen, dass der Zweckbindungszweck und die Zuwendungsvoraussetzungen bis zum Ablauf der Zweckbindungsfrist gewahrt bleiben. Für diesen Fall behält sich die Bewilligungsbehörde den teilweisen oder vollständigen Widerruf der Zuwendung vor.

Die Zweckbindungsfrist beträgt gem. Ziffer 2.6 Ihres Bundesbescheides mindestens sieben Jahre. Die Frist beginnt mit der Vorlage des Verwendungsnachweises und endet mit Ablauf des siebten auf die Vorlage des Verwendungsnachweises folgenden Kalenderjahres.

Nach Ablauf der Zweckbindungsfrist ist privaten Netzbetreibern im Rahmen der Open Access Verpflichtung das passive Gigabit-Netz weiterhin zur Verfügung zu stellen. Eine Veräußerung der geförderten Infrastruktur binnen 20 Jahren nach Inbetriebnahme ist der Bewilligungsbehörde anzuzeigen.

Ergänzend zu Nr. 3.2 der BNBest-Breitband und Nr. 7.7 bzw. 7.8 der Förderrichtlinie des Bundes sind Sie verpflichtet, uns als Bewilligungsbehörde spätestens drei Monate nach Ablauf der Zweckbindungsfrist verbindlich zu erklären, wie mit der geförderten Infrastruktur zukünftig zu verfahren ist. Bei bereits erfolgter oder schon vertraglich vereinbarter Veräußerung der Infrastruktur ist uns als Bewilligungsbehörde ein Nachweis der Veräußerung sowie der Weitergabe der Open-Access-Verpflichtung vorzulegen. Ein erfolgloses Bemühen der Veräußerung ist nachzuweisen.

2 Nebenbestimmungen

Die Bewilligung erlischt, wenn

- die Gesamtfinanzierung nicht gesichert ist.

Spätestens mit der Beantragung des konkretisierenden Bewilligungsbescheides ist die als Anlage beigefügte „Selbsterklärung im Zusammenhang mit EU-Sanktionsmaßnahmen gegen Russland und Belarus“ unterzeichnet einzureichen. Eine mögliche Auszahlung kann nur bei Vorlage der unterzeichneten Selbsterklärung erfolgen.

Bitte lassen Sie das beigefügte Formular „Unternehmen in Schwierigkeiten“ von dem Telekommunikationsunternehmen, an welches Zuschüsse weitergegeben werden bzw. den späteren Pächter der Breitbandinfrastruktur, ausfüllen. Die ausgefüllte Originalerklärung ist spätestens mit dem Antrag auf Konkretisierung bei uns einzureichen. Eine Auszahlung ist erst nach der Vorlage der Erklärungen möglich.

Die Regelungen des Bundesförderbescheides gelten für die Landeskofinanzierung uneingeschränkt, sofern nachfolgend keine abweichenden oder ergänzenden Regelungen getroffen sind.

Die Übermittlung der antragsbezogenen GIS Daten an das BZNB ist spätestens mit Vorlage des Bundesbescheides und mit Beantragung des konkretisierenden Landesbescheides vorzunehmen.

Änderungsbescheide des Bundes sind uns unverzüglich nach Erhalt per E-Mail zuzuleiten.

Der Landesbescheid ist innerhalb einer Woche nach Erhalt dem vom Bund beauftragten Projektträ-



ger zur Verfügung zu stellen.

Sollte eine fachliche Prüfung des Vorhabens durch das Breitbandzentrum Niedersachsen-Bremen (BZNB) bzw. einer anderen vom Land benannten Stelle (Breitbandkompetenzstelle) oder einer vom Bund beauftragten Stelle ergeben, dass die Projektrealisierung nicht den Geboten von Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit genügt, kann der Zuschuss aufgrund der Feststellungen in entsprechender Höhe reduziert werden, wenn insoweit verringerte förderfähige Ausgaben festgestellt werden.

Zudem sind dem BZNB bzw. der Breitbandkompetenzstelle nach der Ausschreibung und Projektinitiierung folgende Daten zuzuliefern:

- Die GIS-Shapes der Netzausbauplanung des bezuschlagten Unternehmens einschließlich der Feinplanung.
- Des Weiteren sind spätestens zum Konkretisierungsantrag (korrespondierender Antrag beim Land zur Beantragung eines endgültigen Förderbescheides beim Bund) die GIS-Shapes der auszubauenden Adressen zuzuliefern. Die Feinplanung ist dem BZNB bzw. der Breitbandkompetenzstelle ebenfalls spätestens mit dem konkretisierenden Antrag vorzulegen.

Die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften (ANBest-Gk) werden für verbindlich erklärt. Die ANBest-Gk sind auf unserer Internetseite www.nbank.de einsehbar.

Auf die Ihnen nach Nummer 4 der ANBest-Gk obliegenden Mitteilungspflichten machen wir Sie besonders aufmerksam.

In diesem Zusammenhang weisen wir darauf hin, dass bei der Vergabe von Aufträgen die für Sie einschlägigen haushaltsrechtlichen oder vergaberechtlichen Vorschriften zu beachten sind.

Bitte berücksichtigen Sie, dass die Benennung konkreter Auftragnehmer in den Antragsunterlagen Sie nicht von der Durchführung eines ordnungsgemäßen Vergabeverfahrens befreit.

Verstöße gegen die Auflage zur Vergabe von Aufträgen können dazu führen, dass Ausgaben aus dem betroffenen Auftragsverhältnis nicht förderfähig sind.

Hinweise und Hilfestellungen zur Vergabe von Aufträgen entnehmen Sie bitte unserer Internetseite www.nbank.de.

Der Bewilligungsbescheid kann widerrufen und die Höhe der Zuwendung kann neu festgesetzt, bereits ausgezahlte Beträge können zurückgefordert oder ihre weitere Verwendung kann untersagt werden oder die Auszahlung weiterer Beträge kann gesperrt werden, wenn ein Verstoß gegen die von der EU erlassenen Verordnungen (Sanktionsmaßnahmen) gegen Russland und Belarus festgestellt wird.

Der Betreiber/Pächter beim Betreibermodell bzw. das TKU beim WL-Modell, welches den Ausbau vornimmt, ist auf die Einhaltung sämtlicher Vorgaben des Bescheides und der rechtlichen Grundlagen des Bescheides zu verpflichten.

Sollten sich Änderungen des Projektgebietes und/oder der Anzahl der Adressen ergeben, sind die Änderungen nicht nur uns gegenüber, sondern ebenfalls in Form von aktualisierten GIS-Shapes gegenüber dem BZNB kenntlich zu machen. GIS-Shapes und Netzpläne sind nur beim BZNB bzw. der Breitbandkompetenzstelle einzureichen. Die Informationspflichten gegenüber dem Bund bleiben hierdurch unberührt.



Veränderung der Adresszahlen sind mit dem laufenden Verfahren spätestens mit dem Konkretisierungsantrag mitzuteilen.

Bei Verstoß gegen diese Nebenbestimmungen ist ein Widerruf dieses Bescheides nach § 49 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) möglich.

3 Finanzierung

Die Zuwendung wird auf Grundlage des folgenden Ausgaben- und Finanzierungsplans gewährt und ist zur Finanzierung der im Folgenden angegebenen zuwendungsfähigen Ausgaben des oben genannten Projekts zu verwenden.

Die Bemessungsgrundlage der Zuwendung ergibt sich aus den zuwendungsfähigen Ausgaben im Sinne von Nr. 3.2 der Gigabit-Richtlinie 2.0 des Bundes. Hiernach werden von den zuwendungsfähigen Ausgaben die barwertigen Einnahmen, welche über die Dauer der Zweckbindungsfrist erlöst werden, in Abzug gebracht.

Ausgabenplan

Ausgabengruppen	Zuwendungsfähige Ausgaben in Euro (netto)	Nicht zuwendungsfähige Ausgaben in Euro (netto)	Gesamtausgaben in Euro (netto)
Investitionen passive Infrastruktur	5.500.000,00	0,00	5.500.000,00
kalkulierte Pachteinnahmen	-280.000,00	0,00	-280.000,00
Gesamt	5.220.000,00	0,00	5.220.000,00

Die Höhe der in diesem Bescheid als zuwendungsfähig anerkannten Ausgaben weicht vom genannten Betrag im Bundesbescheid ab. Begründet ist dies durch den Abzug der kalkulierten Pachteinnahmen, welche in der Darstellung des vorläufigen Bundesbescheides noch keine Berücksichtigung finden.

Finanzierungsplan

	Euro
Kommunale Mittel	1.305.000,00
Bundesmitten	2.610.000,00
Landesmitten aus dem Sondervermögen Digitalisierung	1.305.000,00
Summe	5.220.000,00

Wir weisen darauf hin, dass die Förderung auf Ausgabenbasis erfolgt und Eigenleistungen nicht zuwendungsfähig sind.

Aufgrund der Bereitstellung der Mittel aus dem Sondervermögen für den Ausbau von hochleistungsfähigen Datenübertragungsnetzen und für Digitalisierungsmaßnahmen (Sondervermögen Digitalisierung) dürfen ausschließlich Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen im Sinne des § 13 Absatz 3 Satz 2 und 3 LHO gefördert werden. Finanzierungskosten und Personalausgaben sind somit nicht förderfähig.



4 Auszahlung und Nachweis der Verwendung

4.1

Voraussetzung für eine Auszahlung von Mitteln ist eine laufende Erfassung der Monitoring-Daten gemäß § 11 Abs. 3 Gigabit-Rahmenregelung des Bundes. Die fristgerechte Erfassung ist der Bewilligungsstelle anzuzeigen. Mittelabrufe sind nach Bestandskraft des vorläufigen Zuwendungsbescheides auf Basis eines vom beauftragten Projektträger des Bundes geprüften Mittelabrufs möglich. Wir übernehmen im Regelfall das Prüfergebnis des Projektträgers des Bundes, behalten uns aber eigene Prüfungen vor.

Die Mittel sind in einer Summe oder in Teilbeträgen mit dem Formular „Mittelanforderung“ abzurufen.

Die erste Auszahlung kann erst nach Prüfung der von Ihnen noch zu erfüllenden Nebenbestimmungen vorgenommen werden (siehe Ziffer 2).

Abweichend von Nummer 1.2 der ANBest-Gk dürfen Mittelanforderungen nur für bereits geleistete Ausgaben erfolgen.

Wir weisen darauf hin, dass Ihre Zahlungen jeweils nach Ausgabengruppen untergliedert aufgestellt und projektbezogen verbucht werden müssen. Das betrifft sowohl die Mittelanforderung als auch den nach Abschluss Ihres Projektes aufzustellenden Verwendungsnachweis. Wir empfehlen Ihnen daher, entsprechende Konten in Ihrer Buchhaltung einzurichten bzw. Vorkehrungen in Ihrer Verwaltung vorzunehmen, wie einen geeigneten Buchführungscode.

Die Mittelanforderung/Der Verwendungsnachweis muss durch einen Steuerberater oder Wirtschaftsprüfer oder das kommunale Rechnungsprüfungsamt geprüft werden. Dieser/s muss den Mittelabruf/Verwendungsnachweis durch Stempel und Unterschrift bestätigen und dessen Richtigkeit ausdrücklich und deutlich erkennbar machen, sowie uneingeschränkt bescheinigen (eine entsprechende Rubrik ist im Formular vorgesehen).

4.2 Nachweis der Verwendung

Verwendungsnachweis / Abschlussbericht

Der Verwendungsnachweis ist bis zum 30.12.2030 (6 Monate nach Abschluss des Projektes) bei dem vom Bund beauftragten Projektträger einzureichen. Uns ist eine Kopie zuzüglich einem Sachbericht zuzusenden. Sie brauchen keine Belege oder Vergabeunterlagen mitzusenden. Eine spätere Anforderung aller projektbezogenen Unterlagen bleibt vorbehalten. Das Verfahren des Projektträgers ist einzuhalten.

Der Verwendungsnachweis des Landes ist bis zum 30.03.2031 (9 Monate nach Abschluss des Projektes) vorzulegen.

Nach Fertigstellung der Breitbandausbaumaßnahme ist die Verbesserung der Breitbandversorgung spätestens mit Fälligkeit des Verwendungsnachweises gegenüber dem BZNB bzw. der Breitbandkompetenzstelle unter Angabe des Betreibers (Firmennamen und Anschrift) zur Aufnahme in den Breitbandatlas Niedersachsen in der zur Zeit der Bewilligung gültigen Version der GIS-Nebenbestimmungen des Bundes nachzuweisen:

Diese Verpflichtung besteht neben der Monitoringverpflichtung durch § 11 Gigabit-Rahmenregelung



des Bundes.

Sollte das Projekt vor Ende des Bewilligungszeitraumes abgebrochen werden, ist der Verwendungsnachweis unverzüglich vorzulegen.

Alle Vordrucke (z.B. Zwischen-/Verwendungsnachweis/Mittelanforderung) werden von der NBank zur Verfügung gestellt und sind in der aktuellen Fassung zu verwenden. Sie finden diese auf der Internetseite www.nbank.de

5 Gewinnabschöpfung

Nach Ablauf des Zweckbindungszeitraumes (Ziffer 1.3) ist zusätzlich wie in Nummer 8 G der Richtlinie des BMDS zu überprüfen, ob sich die Bemessungsgrundlage der Zuwendung tatsächlich um mehr als 500,00 Euro verringert hat (Abrechnung im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung auf der Grundlage des Berechnungsverfahrens, das dem Bewilligungsbescheid zugrunde lag). Wenn nach der Nummer 8 G der o.a. Richtlinie des BMDS eine Rückforderung zu erfolgen hätte, erfolgt eine Rückforderung des Landesanteils in entsprechender Höhe.

6 Transparenz

Angaben über den Begünstigten, das geförderte Vorhaben und den Gesamtbetrag der förderfähigen Ausgaben können durch das Land Niedersachsen veröffentlicht oder zur Veröffentlichung durch Dritte freigegeben werden.

7 Aufbewahrungsfristen

Sämtliche Belege sind - den einzelnen Mittelanforderungen eindeutig zugeordnet – 2 Jahre bis zum Jahresende nach Abschluss der Zweckbindungsprüfung für dieses Projekt aufzubewahren und für Prüfungen bereitzuhalten.

Pflichten zur Einhaltung von Aufbewahrungsfristen, die sich aus anderen Vorschriften ergeben, werden von dieser Bestimmung nicht berührt und sind ebenfalls zu beachten.

8 Informations- und Kommunikationspflichten

Sie sind verpflichtet, die Öffentlichkeit über die vom Land Niedersachsen erhaltene Unterstützung zu unterrichten. Dies soll mittels Bauschild/Plakat/Schriftverkehr erfolgen. Das zu nutzende Logo (MW) entnehmen Sie bitte dem Downloadbereich zur Richtlinie auf der NBank Homepage.

Bitte versehen Sie Ihr Bauschild/Plakat zusätzlich zum Logo mit der Bezeichnung des Vorhabens. Verwenden Sie dazu folgenden Text:

Bezeichnung des Vorhabens: **Breitbandausbau von ca. 440 Adressen der Ortschaft Amelgaten in der Gemeinde Emmerthal**

Zum Nachweis ist ein Foto des aufgehängten Bauschildes/Plakates einzureichen, das neben der Bezeichnung des Vorhabens auch die Umgebung des aufgehängten Bauschildes/Plakates zeigt.



9 Hinweise und Rechtliche Grundlagen

9.1 Hinweise

Alle in diesem Zuwendungsbescheid genannten Formulare, rechtlichen Grundlagen und weiterführenden Informationen zur Förderung finden Sie auf unserer Internetseite www.nbank.de.

Der Zuwendungsbescheid ersetzt nicht die sonst notwendigen Genehmigungen.

9.2 Mitteilung an die Finanzbehörden

Zur Erfüllung der NBank obliegenden steuerlichen Mitteilungspflichten erfolgt die Verarbeitung der personenbezogenen Daten nach Art. 6 Absatz 1 Buchstabe c, Absatz 2, Absatz 3 Buchstabe b DSGVO in Verbindung mit §§ 5 Absatz 2, 6 Absatz 2 NBankG in Verbindung mit § 93 Abgabenordnung, §§ 2 und 4 Mitteilungsverordnung in der Fassung vom 01.01.2025 (MV), § 93a Abgabenordnung (AO).

Danach hat die NBank geleistete Zahlungen bzw. Verwaltungsakte und öffentlich-rechtliche Verträge den Finanzbehörden mit den entsprechenden Informationen aus § 93c Absatz 1 Nr. 2 AO (anordnende Stelle, Firma bzw. Namen, Anschrift, Steuernummer bzw. Steuer-ID, bei Privatpersonen Geburtsdatum) sowie aus § 8 Absatz 1 Satz 2 Nr. 1 bzw. 2 MV (Grund der Zahlung, Art des der Zahlung zugrundeliegenden Anspruchs, Höhe der Zahlung, Zeitraum oder Zeitpunkt, für den die Zahlung gewährt wird, Datum der Zahlung oder Zahlungsanordnung, Bankverbindung, Gegenstand und Umfang der gewährten Leistung) zu übermitteln. Liegt eine der Ausnahmen gemäß §§ 1, 2, 7 MV, §§ 93a, 93c AO vor, erfolgt keine Mitteilung an die Finanzbehörden.

9.3 Prüfrechte

Zur Prüfung Ihres Projektes anhand von Rechnungs- und Buchführungsunterlagen sind jederzeit die bewilligende Stelle, das richtliniengebende Ministerium, Prüfinstanzen des Landes und des Bundes sowie der Niedersächsische Landesrechnungshof berechtigt.

Dies beinhaltet auch den uneingeschränkten Zugang für Prüfungen zu den geförderten Infrastrukturen sowie zu geeigneten Messpunkten des beauftragten Telekommunikationsunternehmens.

9.4 Rechtliche Grundlagen

Neben Ihrem Antrag vom **20.03.2025** (in der Fassung vom 01.04.2025) sowie den dort benannten Unterlagen sind nachfolgende Rechts- und Verwaltungsvorschriften Grundlage dieses Zuwendungsbescheides:

- § 264 Strafgesetzbuch (StGB)
- §§ 3-5 Subventionsgesetz (SubvG)
- §§ 23, 44 Haushaltsordnung des Landes Niedersachsen (LHO) und die dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften (VV-LHO)
- Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung des Ausbaus von Gigabitnetzen in Grauen Flecken in Niedersachsen 2.0 (RL Graue Flecken NI), Erl. d. MW vom 08.12.2021-DIG-3074/0103-, Nds. MBI Nr. 49/2021 S. 1780 bzw. Erl. d. MW vom 05.12.2023-DIG-3074/0103, Nds. MBI Nr. 128/2024



- Allgemeine Nebenbestimmungen zur Projektförderung - Gebietskörperschaften (ANBest-GK); diese stehen auf unserer Internetseite www.nbank.de zur Verfügung
- die Rahmenregelung der Bundesrepublik Deutschland zur Unterstützung des flächendeckenden Aufbaus von Gigabitnetzen „Grauen Flecken“ vom 13.11.2020 (Gigabit RR)
- die Leitlinien der EU für die Anwendung der Vorschriften über staatliche Beihilfen im Zusammenhang mit dem schnellen Breitbandausbau 2013/C 25/1, EU-Amtsblatt vom 26.01.2013
- Ihr Bundesförderbescheid vom 14.11.2024, Az. 832.6/10-24 07NI200046, sowie die dort genannten Rechts- und Verwaltungsvorschriften und die dem Bundesbescheid zugrundeliegenden Antragsunterlagen
- das Gesetz über das Sondervermögen für den Ausbau von hochleistungsfähigen Datenübertragungsnetzen und für Digitalisierungsmaßnahmen vom 20.06.2018 (Nds. GVBl. Nr. 7/2018 S. 120) in der geänderten Fassung vom 19.06.2019 (Nds. GVBl. Nr. 9/2019 S. 110)

Die vorgenannten Rechts- und Verwaltungsvorschriften gelten in ihrer zum Zeitpunkt der Bewilligung gültigen Fassung als verbindliche Grundlage für die Durchführung des Projektes, es sei denn dass durch den Bundesbescheid bereits verbindlich eine Fassung vorgegeben wurde. Im letztgenannten Fall gilt diese Fassung.

Änderungen im Rahmen des Projektes bedürfen unserer vorherigen Zustimmung.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach dessen Bekanntgabe Widerspruch bei der Investitions- und Förderbank Niedersachsen - NBank, Günther-Wagner-Allee 12-16, 30177 Hannover, erhoben werden.

Hinweise zur Rechtsbehelfsbelehrung:

Die Erhebung des Widerspruchs mit einfacher E-Mail ist nicht zulässig. Es gelten besondere Formvorschriften (§ 70 VwGO).

Das Widerspruchsverfahren kann gem. § 1 des Niedersächsischen Verwaltungskostengesetzes kostenpflichtig sein.

Für Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Wir wünschen Ihrem Projekt einen erfolgreichen Verlauf.

Mit freundlichen Grüßen


Daniela Wysk


Julia Menz



Anlagen

- Selbsterklärung im Zusammenhang mit EU-Sanktionsmaßnahmen gegen Russland und Belarus
- Formular „Unternehmen in Schwierigkeiten“



Selbsterklärung im Zusammenhang mit EU-Sanktionsmaßnahmen gegen Russland und Belarus

Antragsnummer:	
Antragsteller:	

In Reaktion auf die fortgesetzten Angriffe der russischen Streitkräfte in der Ukraine hat die EU mehrere Verordnungen (Sanktionsmaßnahmen) gegen Russland und Belarus erlassen.

Eine Übersicht über die Sanktionsmaßnahmen der EU ist unter folgendem Link aufrufbar:

<https://www.consilium.europa.eu/de/policies/eu-response-ukraine-invasion/>

Im Zusammenhang mit den EU-Maßnahmen gegen Russland und Belarus erkläre ich hiermit wahrheitsgemäß, dass ich bzw. das antragstellende Unternehmen

- die von der EU, in Reaktion auf die fortgesetzten Angriffe der russischen Streitkräfte in der Ukraine, erlassenen Verordnungen (Sanktionsmaßnahmen) gegen Russland und Belarus zur Kenntnis genommen habe und auch zukünftige Sanktionsmaßnahmen zur Kenntnis nehmen werde,
- insbesondere die in den EU-Verordnungen angeordneten Ausfuhrbeschränkungen für Güter und Technologien mit doppeltem Verwendungszweck und Beschränkungen für die Erbringung damit verbundener Dienstleistungen sowie Ausfuhrbeschränkungen für bestimmte Güter und Technologien, insbesondere auch über die Bereitstellung von Finanzmitteln oder Finanzhilfen, kenne und beachten werde,
- keine Beziehungen geschäftlicher oder privater Art zu den in den vorgenannten EU-Verordnungen gelisteten und damit sanktionierten juristischen und natürlichen Personen unterhalte,
- nicht an Vorgängen zur Umgehung des sanktionsrechtlich statuierten Verbots der Bereitstellung von Ressourcen an die in den vorgenannten EU-Maßnahmen gelisteten und damit sanktionierten juristischen und natürlichen Personen beteiligt bin bzw. ist,
- bei künftigen Leistungen von natürlichen und juristischen Personen in den vorgenannten EU-Maßnahmen,
 - a) solche Personen, zu denen Beziehungen geschäftlicher oder privater Art gepflegt werden, im Rahmen der bestehenden Mitwirkungspflichten umgehend an die NBank melden werde und

- b) keine Beteiligung an den Vorgängen zur Umgehung des sanktionsrechtlich statuierten Verbots der Bereitstellung von Ressourcen an solche Personen erfolgen wird.

(Nachträglich festgestellte) Handlungen entgegen dieser Erklärungen bzw. Falschangaben können aufsichtsrechtlich erforderliche Verdachts- und Sanktionsmeldungen sowie Strafanzeigen durch die NBank an die zuständigen Stellen zur Folge haben.

Des Weiteren können eine Nichtbeachtung bzw. Nichteinhaltung dieser Erklärungen eine Aufhebung des Zuwendungsbescheides bzw. eine Kündigung der Geschäftsbeziehung, die Neufestsetzung der Höhe der Zuwendung, die Rückforderung bereits ausgezahlter Beträge oder die Untersagung ihrer weiteren Verwendung durch die NBank zur Folge haben.

Ort, Datum Unterschrift(en) Antragsteller



EUROPÄISCHE UNION



NBank

Wir fördern Niedersachsen

Antragsnummer (Übernahme aus Kundenportal)

ZW -

! Ausfüllhinweis: Wenn Sie mit dem Cursor kurz auf den Eingabefeldern verweilen, erhalten Sie Hilfetexte !

Angaben zu Rettungs- und Umstrukturierungsbeihilfen in Vorjahren, wirtschaftliche Situation des Unternehmens *

Antragsteller / Unternehmen

PLZ

Ort

Straße

Hausnummer

Telefon

Telefax

E-Mail

Befindet sich das Unternehmen derzeit in wirtschaftlichen Schwierigkeiten?

Nein

Erläuterungen (nur bei JA-Antwort)

Falls ja, befindet sich die Betriebsstätte, das Unternehmen oder die Unternehmensgruppe noch in der Umstrukturierungsphase?

Nein

Erläuterungen (nur bei JA-Antwort)

Wurde für die Betriebsstätte, das Unternehmen oder die Unternehmensgruppe in den vergangenen zehn Jahren eine Rettungs- oder Umstrukturierungsbeihilfe gewährt?

Nein

Erläuterungen (nur bei JA-Antwort)

Ort

Unterschrift / Stempel

Datum